

# rathaus · korrespondenz



*gegründet 1861*

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Freitag, 22. Jänner 1982

Blatt 162

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

**Kommunal:** Wiener Gemeinderat  
(rosa) Verwaltungsakademie informiert über neues Mediengesetz  
Wiens Spitäler versorgen auch NÖ-Patienten  
Gemeinderat: 90 Prozent einstimmige Beschlüsse

**Politik:** Kandutsch kennt Wegenstein-Gutachten nicht  
(rosa)

**Kultur:** Zilk: Keine Kritik am Bundesdenkmalamt  
(gelb)

Nur  
über FS: Straßenbahnunfall bei der Reichsbrücke  
Mehrstündiger Feuerwehreinsatz wegen Geruchsbelästigung  
Wienerin feiert 103. Geburtstag  
Wien - winterliche Freizeitstadt  
Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters  
Gratz und Mayr über die wirtschaftliche Lage

Verwaltungsakademie informiert über neues Mediengesetz

=++++

5       Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Wesentlichen Anteil an der Effizienz der Stadtverwaltung haben Wissen und Können ihrer Mitarbeiter. Die Verwaltungsakademie der Stadt Wien vermittelt durch ihre Tätigkeit als zentrale Bildungseinrichtung die erforderlichen Voraussetzungen zur Steigerung der Effizienz der Verwaltung. Ausbildung und ständige Fortbildung sind daher zentrale Anliegen dieser Institution. So konnten sich am Donnerstag in einem von der Verwaltungsakademie veranstalteten Vortrag mit dem Thema "Persönlichkeitsschutz im neuen Mediengesetz" Vertreter der von dieser Gesetzesmaterie betroffenen Magistratsabteilungen über die Grundanliegen und Auswirkungen des neuen Gesetzes informieren. (Schluß) en/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Gratz: Zusammenarbeit der Bundesländer gefährdet

=++++

7 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat trat Freitag zur ersten Sitzung im neuen Jahr zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Als erstes beantwortete Bürgermeister GRATZ eine Anfrage von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), warum Wien nicht auf das Angebot von Bundeskanzler Dr. KREISKY eingehe, aus dem Vertrag über den Bau des Konferenzzentrums auszuscheiden. Gratz erklärte, daß ein solches Angebot gar nicht formell erfolgt sei. Er würde aber einem solchen Angebot auch nicht näher treten. Die Voraussetzungen für den seinerzeitigen Vertrag haben sich nicht geändert, die Argumente für den Bau wurden im Gegenteil durch die jetzige Arbeitsmarktsituation noch verstärkt.

Gratz wandte sich dann gegen jene Politiker, die eine Verwendung dieser Geldmittel außerhalb Wien verlangen. "Ich muß hier einer ersten Sorge Ausdruck geben", erklärte Gratz. "Zum ersten Mal seit vielen, vielen Jahren zeigen sich dabei Tendenzen, die gegen die Zusammenarbeit der Bundesländer gerichtet sind. Es ist die Basis dieser Zusammenarbeit, daß nicht ein Bundesland öffentlich gegen die Wünsche eines anderen Bundeslandes auftritt. Auch Wien könnte in diesem Zusammenhang manche Überlegungen anstellen. Eine solche Vorgangsweise in der Öffentlichkeit, wie sie jetzt im Zusammenhang mit dem Konferenzzentrum festgestellt werden muß, ist geeignet, die Zusammenarbeit der Bundesländer zu zerstören". (Forts.) sti/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ANFRAGE von Gr. Dr. PETRIK (ÖVP), welche finanziellen Verpflichtungen für die Errichtung der Wohnhausanlage am Heschweg eingegangen wurden, antwortete StR. HATZL (SPÖ), daß Planungskosten, Kosten für die Ausarbeitung eines Straßen- und Tunnelprojektes und Kosten für Baugrunduntersuchungen angefallen sind. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob diese Kosten im Verhandlungswege nicht verringert werden könnten, antwortete Hatzl, daß dies geschehen ist. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er bereit ist, die politische Verantwortung für diese Ausgaben zu tragen, antwortete Hatzl, daß für jedes Projekt Grundlagen erarbeitet werden müssen. Ohne eine Untersuchung des Grundstückes kann dem Gemeinderat überhaupt kein Bauvorhaben vorgelegt werden.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. HANKE (SPÖ), welche Verbesserungsarbeiten bei den Spielplätzen in den städtischen Wohnhausanlagen vorgenommen wurden, antwortete StR. HATZL (SPÖ), daß in den letzten drei Jahren 103 neue Spielgeräte aufgestellt wurden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Ausgaben dies erfordert, antwortete Hatzl, daß die städtische Wohnhausverwaltung jährlich zumindest drei Millionen für diese Zwecke zur Verfügung hat. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob bei der Ausgestaltung auch pädagogische Grundsätze berücksichtigt werden, antwortete Hatzl, daß man den Anregungen der Eltern und Kinder folgt und daß man auch Pädagogen als Berater zuzieht. (Forts.) zi/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Erika KRENN (SPÖ), wieviele Wohnungen in dieser Funktionsperiode an Behinderte übergeben wurden, antwortete StR. Hatzl, 92 Wohnungen. Diese Wohnungen sind behindertengerecht ausgestaltet. Darüber hinaus wurde eine nicht eruierbare Zahl von "normalen" Wohnungen an Behinderte übergeben. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wieviele Behindertenwohnungen es insgesamt gibt, antwortete Hatzl, 284. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wieviele Wohnungen in der nächsten Zeit gebaut werden, antwortete Hatzl, daß noch heuer 39 behindertengerechte Wohnungen bezogen werden können. 86 behindertengerechte Wohnungen sind im Bau. (Forts.) sei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von Gemeinderat HAHN (ÖVP), nach welchen Kriterien die Wohnungssuchenden bei der Vergabe der von der SPÖ angekündigten rund 1.400 zusätzlichen Wohnungen in Wien berücksichtigt werden, erwiderte Stadtrat HATZL, daß gegenwärtig Vorbereitungen dazu getroffen werden, welche Bauträger diese Wohnungen errichten sollen. Eine Beantwortung der Anfrage sei nur insofern möglich, als die Wohnungen entsprechend den Rahmenbedingungen des Sonderprogrammes der Bundesregierung nur jene erhalten werden, die maximal 66 Prozent der Einkommensgrenzen der Zuerkennung einer geförderten Wohnung erreichen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie hoch die Gesamtstützung sein müsse, da die Mittel auf den Kapitalmarkt aufgebracht werden, sagte Stadtrat HATZL, es sei eine Laufzeit von 25 Jahren mit einem Zinssatz von 11 Prozent und einer Annuität von 11,7 Prozent vorgesehen. Die Rückzahlung beträgt im ersten Jahr 3 Prozent, und wird laufend gesteigert. Stadtrat Hatzl verwies darauf, daß eine Entscheidung erst getroffen werden kann, wenn das Bundesgesetz beschlossen worden ist.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob es nicht zweckmäßiger wäre, die Wohnbausonderrücklage in der Höhe von 1,2 Milliarden im ersten Halbjahr 1982 aufzulösen, betonte Stadtrat Hatzl, daß dies nicht möglich sei. Diese Reservemittel seien auf Grund von Zusicherungen an die Bauträger gebunden. Die Bauwirtschaft müsse die Sicherheit haben, daß sie zu dem Zeitpunkt, wo die Bauträger die zugesicherten Mittel benötigen, diese auch erhalten. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

11 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von Gemeinderat LACINA (SPÖ) in welchem Ausmaß der Behinderten- und Versehrten sport im Rahmen der Wiener Sportförderungsaktivitäten berücksichtigt worden sei, betonte Stadtrat SCHIEDER (SPÖ), daß der Behindertensport laufend gefördert werde. Im Jahr der Behinderten seien besonders der Wiener Versehrten sportverband, der Verband der Querschnittgelähmten, der Gehörlosensportverband und der Wiener Gehörlosensportverband 1901 gefördert worden. Als wichtig bezeichnete Schieder auch die Förderungsmittel zur Durchführung von Veranstaltungen. Dafür wurden den Vereinen die Sportanlagen kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Ehrung der Staatsmeister der Behindertensportler und der Olympiateilnehmer an den Winter- und Sommerolympiaden der Behinderten bezeichnete Schieder als eine Ermunterung für alle Behinderten, eine sportliche Tätigkeit aufzunehmen. Schieder verwies darauf, daß bei der Neuerrichtung von Sportstätten aber auch beim Wiener Bäderbau auf die Bedürfnisse der Behinderten Rücksicht genommen werde.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. HABERL (SPÖ), wann mit der Durchführung der Grünflächengestaltung im Bereich der Wohnhausanlage "Wiener Flur" gerechnet werden kann, sagte Schieder, daß die Fertigstellung sehr zügig, Schritt für Schritt, durchgeführt werde. Heuer werden dafür zwei Millionen aufgewendet. 1983 weitere 2,5 Millionen, dann sei die Grünanlage fertig.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE kündigte Stadtrat Schieder an, daß er das Stadtgartenamt anweisen werde, der Bevölkerung genügend Informationsmaterial über die Grünanlage zur Verfügung zu stellen. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

12 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Mag. KAUER (ÖVP), was unternommen werde, um wirksam die Wiederholung von Vorfällen wie jenem zu verhindern, bei dem auf einem Lagerplatz im dritten Bezirk Fässer mit Chemikalien in die Kanalisation entleert wurden, antwortete StR. SCHIEDER (SPÖ), daß nach Feststellung der Geruchsbelästigung von der Feuerwehr die entsprechenden Maßnahmen eingeleitet wurden. Dazu gehörte auch die Evakuierung der Schule. Untersuchungen haben ergeben, daß ein Arbeiter den restlichen Inhalt eines Fasses in die Kanalisation geleert hatte. Mit der Firma Siemens wurde in der Folge vereinbart, daß keine gebrauchten Retourfässer mehr verwendet werden dürfen. Die anfallenden Galvanikschlämme werden künftig in eigenen Containern gelagert. Eine Untersuchung hat gezeigt, daß die gesetzlichen Vorschriften grundsätzlich ausreichen. Sämtliche Wiener Industrie- und Gewerbebetriebe, bei denen die Einleitung schädlicher Stoffe in den Kanal denkbar wäre, werden laufend überprüft - das sind bis zu zweitausend pro Jahr. Schieder ging weiter auf die Möglichkeiten der General- und Spezialprävention ein und stellte fest, die Stadt Wien habe alles getan, was von ihrer Seite getan werden konnte. Wirksame Mittel gegen Gedankenlosigkeit und Irrtümer lägen außerhalb der Möglichkeiten des Umweltschutzes. (Forts.) and/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

13 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Vorkehrungen für solche Fälle getroffen werden, antwortete StR. SCHIEDER, selbstverständlich gebe es detaillierte Alarmpläne, die auch dem Gemeinderatsausschuß vorgelegt wurden. Eine generelle Information der Bevölkerung sei nicht sinnvoll, weil die erforderlichen Maßnahmen vom jeweiligen Einzelfall abhängen.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wie es mit dem versprochenen Giftkataster stehe und wie weit er dem jeweiligen Bezirk zugänglich ist, antwortete StR. SCHIEDER, daß die erlaubte Lagerung aller Giftstoffe registriert ist. Festgestellte unerlaubte Lagerungen müssen über entsprechenden Auftrag sofort beseitigt werden. Welche Maßnahmen zu welchen Giftstoffen erforderlich sind, ist bei der Feuerwehr registriert, liegt bei den Wachen auf und kann auch über Funk erfragt werden. Selbstverständlich gebe es auch Evakuierungspläne für Schulen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

14 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. KUCHAR (FPÖ), was mit dem zwischen 1. und 15. Jänner 1982 in Wien angefallenen Müll geschehen sei, antwortete Stadtrat VELETA, daß von den insgesamt 20.252 Tonnen 2.254 Tonnen als Sperrmüll deponiert wurden, vom Hausmüll wurden 5.864 Tonnen in der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig und 8.239 Tonnen in der Müllverbrennungsanlage Spittelau verbrannt, 3.672 Tonnen wurden an die Firma RINTER geliefert und 223 Tonnen den EBS übergeben. Der Müllanfall an den einzelnen Tagen sei unterschiedlich, betonte Veleta. In einer ERSTEN ZUSATZFRAGE bemerkte Gemeinderat Kuchar, daß derzeit weniger als 1.000 Tonnten täglich an die Firma RINTER geliefert werden. Könne dies durch eine Mehranlieferung im Sommer ausgeglichen werden? Stadtrat Veleta antwortete, daß ein solcher Ausgleich in den Sommermonaten, was die Müllanlieferung betrifft, durchaus möglich sei. Er verwies darauf, daß die Anlage der Firma RINTER derzeit noch im Probetrieb laufe. Im Vollbetrieb sei die Übernahme entsprechender Müllmengen gewährleistet. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die Müllfaser für die Plattenerzeugung vom RINTER-Werk bereits erzeugt und exportiert werde, antwortete Veleta, daß die Fraktionierung bei der Papierfaser und beim Schrott bereits ausgezeichnet funktioniere, bei der Faser für die Plattenerzeugung gebe es noch Schwierigkeiten, die aber nach Angaben der Firma RINTER in nächster Zeit behoben werden können. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiens Spitäler versorgen auch NÖ-Patienten

=++++

17 #Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Wien ist auf Grund seiner medizinischen Zentraleinrichtungen ein medizinisches Zentrum für ganz Österreich. So sind rund 20 Prozent der in den städtischen Spitälern aufgenommenen Patienten Nichtwiener, wobei die meisten aus Niederösterreich kommen. Dies stellte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Freitag zu den in der Öffentlichkeit in letzter Zeit stattgefundenen Diskussionen fest. So gibt es in Niederösterreich wohl Schwerpunktkrankenhäuser, jedoch verfügt nur Wien im östlichen Bundesgebiet über ein Zentralkrankenhaus. Dies führt naturgemäß dazu, daß auch für die aus Niederösterreich kommenden meist schwer- und schwerstkranken Patienten eine besonders aufwendige Behandlung notwendig ist. #

Dazu kommt noch der Umstand, daß es in Niederösterreich derzeit keine Infektionsabteilung gibt. Der Großteil der strahlentherapeutischen, orthopädischen und neurochirurgischen Behandlungen wird in Wien durchgeführt. Rund 33 Prozent der orthopädischen Betten sowie 34 bis 42 Prozent der neurochirurgischen Betten werden derzeit von Nichtwienern belegt.

Weiter wurden im Vorjahr die Hälfte aller Herzschrittmacher Österreichs in Wien implantiert, worunter sich selbstverständlich auch Patienten aus Niederösterreich befanden.

Damit ist aber, wie Stacher erklärte, eindeutig klargestellt, daß Wien für die Krankenversorgung Niederösterreichs einen wesentlichen Beitrag leistet. Der Gesundheitsstadtrat stellte abschließend fest, daß er es als eine selbstverständliche Verpflichtung ansehe, auch niederösterreichischen Patienten alle modernen medizinischen Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Allerdings sollte man sich bemühen, dafür auch einen finanziellen Ausgleich zu finden. (Schluß) zi/bs

NNNN

Gemeinderat: 90 Prozent einstimmige Beschlüsse

=++++

19 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Von den 60 Geschäftsstücken, die am Freitag auf der Tagesordnung des Wiener Gemeinderates standen, wurden 55 ohne Debatte einhellig beschlossen. Das sind mehr als 90 Prozent. Insgesamt wurden rund 340 Millionen an Subventionen genehmigt. Davon entfallen je 40 Millionen auf die Wiener Festwochen und den Verband der Wiener Volksbildung, 79,4 Millionen auf das Theater an der Wien, 106 Millionen auf die anderen Wiener Bühnen und mehr als 30 Millionen auf verschiedene Formen der Jugendarbeit, vom Ausbau der Jugendzentren bis zur Förderung der Jugendorganisationen. Weitere Punkte betreffen den Kauf von Grundstücken, Bausperren und Änderungen der Flächenwidmung, neue Verkehrsampeln, die Fortsetzung der Hotelmodernisierungsaktion durch den Wiener Wirtschaftsförderungsfonds und die Erhöhung der Unterstützung für Tagesmütter auf 120.000 S jährlich. Den Verkehrsbetrieben wurden 4,3 Millionen für die Generalreparatur von Autobussen und den Umbau von Triebwagen für den schaffnerlosen Betrieb bewilligt. Schließlich wurden Baukostenzuschüsse für den Dachbodenausbau in der Gesamthöhe von 294.000 S genehmigt. (Schluß) sti/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

15 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Nach der Fragestunde setzte der Wiener Gemeinderat seine Beratungen mit der Tagesordnung fort. Dem Gemeinderat lagen 3 Anfragen der FPÖ und 2 Anfragen der ÖVP vor. eine Anfrage der ÖVP an den Bürgermeister und je eine dringliche Anfrage der ÖVP forderte darin den Verzicht auf den Neubau des Konferenzentrums, die FPÖ das Ausscheiden Wiens aus dem Syndikatsvertrag mit dem Bund. Über die Anfrage und die Anträge zum Konferenzzentrum wird vor Schluß der Tagesordnung abgestimmt.

Im Gemeinderat wurden weiter 4 Anträge der ÖVP eingebracht. Darin wird eine Studie über das Internationale Kongreßgeschehen, die Sicherung des Weiterbaues des neuen AKH, die Sanierung der Sonderlehranstalt für Behinderte und eine Änderung der Förderung zur Begrünung der Innehöfe gefordert. Ein Antrag der Bezirksvertretungen für den 14. und 18. Bezirk befaßt sich mit der Planung einer Schnellbahnlinie zwischen Breitensee und Meidling. Die Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zur Behandlung zugewiesen.

Zwtl.: Dr. HAWLIK als neuer Gemeinderat angelobt

Die seit dem Jahr 1969 dem Wiener Gemeinderat angehörende Gemeinderätin Gertrude HARTEL (ÖVP) hat ihr Mandat zurückgelegt. An ihrer Stelle wurde Dr. Johannes HAWLIK (ÖVP) als neuer Gemeinderat angelobt. (Forts.) sei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Strompreise

=++++

16 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ) beantragte als Berichterstatter den Strompreis rückwirkend mit 1. Jänner 1982 um 13,2 Prozent zu erhöhen. Hofmann verwies auf das unterschiedliche Preisgefüge innerhalb Österreichs und die sich darauf ergebenden Schwierigkeiten für die Wirtschaft der Ostregion.

Das Jahr beginnt und die Preise werden hinaufgesetzt, erklärte Gemeinderat Dipl.Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Dabei könnten in Wien die Strompreise gesenkt werden, wenn nicht die Energieunternehmungen rund 800 Millionen zur Verlustabdeckung der Verkehrsbetriebe beitragen müßten. Pawkowicz forderte für die Wiener Stadtwerke ein eigenes Unternehmenskonzept. Durch eine klare Trennung der Energie- und Verkehrsunternehmungen könnten nicht notwendige Erhöhungen verhindert werden.

Pawkowicz sprach sich gegen die Nutzung der Kernenergie aus. Die Frage Zwentendorf ist kein vordringliches Problem, da selbst nach Aussage der Wiener Stadtwerke auf dem Energiesektor kein Mengen-, sondern ein Kostenproblem besteht. Man müßte auf dem Energiesektor alle Überlegungen darauf konzentrieren, wie man die Kosten stabilisieren, oder gar senken könnte. Eine Chance wurde bereits vertan: Die Mehreinnahmen aus der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 8 auf 13 Prozent hätte man zweckgebunden für energiesparende Investitionen einsetzen sollen. (Forts.) sei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Strompreis

=++++

20 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) GR. AMMANN (ÖVP) lehnte namens der Volkspartei die neuen Strompreise ab. Er verwies darauf, daß Bürgermeister GRATZ bereits anläßlich der Tarifierhöhung zum 1.1.1981 Beratungen über ein neues Tarifsystern angekündigt habe. Diese Tarifdiskussion hat, so Ammann, nicht stattgefunden. Auch sei ein einheitlicher Stromtarif in der gesamten Ostregion anzustreben.

Die heute vorliegende Tarifstruktur würde die Verschwendung begünstigen. Stromtarife seien nicht nur betriebswirtschaftlich sondern auch volkswirtschaftlich und energiepolitisch zu betrachten. Man solle daher trachten, Fixkosten in den Arbeitspreis einzubringen.

GR. Ammann schlug vor, eine "Bereitstellungsgebühr" einzuführen, die auf den Verbrauch angerechnet wird. Bei geringerem Verbrauch zahle der Konsument nur die Grundkosten. Damit könnten auch leerstehende Wohnungen durch eine "einsichtige Art" quasi besteuert werden.

Die ÖVP trete nach wie vor dafür ein, daß Energietarife kostendeckend sind. Allerdings sollen damit keine betriebsfremden Lasten getragen werden. Den Mehrertrag der Tarifreform 1982 bezeichnete Ammann mit 750 Millionen. Allein 800 bis 900 Millionen müßten die E-Werke für betriebsfremde Zwecke ausgeben.

Die Tarifgestaltung sei auch sozialpolitisch zu betrachten. Ammann bedauerte es, daß der Antrag auf einen einmaligen Heizkostenbeitrag abgelehnt worden sei. Die vorliegende Tarifgestaltung bezeichnete Ammann als falsch, nicht nötig, unbegründet und sozialpolitisch negativ. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Strompreise

=++++

21 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Man könnte in Detailfragen diskutieren, wenn die Vorschläge ehrlich gemeint wären, sagte Gemeinderat HIRSCH (SPÖ). Die SPÖ habe überhaupt keine Freude daran, wenn Anträge gestellt werden müssen, um Tarife in kostendeckender Höhe zu halten. Wenn vorgeworfen werde, daß die Stromtarife gleichzeitig zur Subventionierung von Tarifen der Verkehrsbetriebe dienen, müsse man darauf hinweisen, daß eine der Möglichkeiten für ihre Gesundung ein gewisser Ausgleich zwischen den Teilunternehmen der Stadtwerke sei. Nun wende sich die Opposition gegen diese Vorgangsweise. Er stellte die Frage, woher die Mittel zur Gesundung der Verkehrsbetriebe herkommen sollten.

Gemeinderat AMMANN habe von der Gesamtverantwortung der Sozialisten beim Bund und in Wien gesprochen. Man dürfe jedoch nicht übersehen, daß in den Bundesländern mit ÖVP-Mehrheit die ÖVP sehr wohl Tarifierhöhungen zustimme. - Wo bleibt hier die Gesamtverantwortung der ÖVP?

Wenn über Detailfragen diskutiert werden sollte, müsse er verlangen, daß die Opposition eine andere, eine positive Einstellung zu Wien zeigt. Unpopuläre Anträge sind notwendig, um die Versorgung der Stadt zu garantieren; international gesehen ist Wien eine der bestversorgten Städte, sagte Hirsch abschließend. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Strompreis

=++++

22 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Die derzeitige Tarifstruktur sei schlecht und ungerecht, sagte Gemeinderat KREINER (ÖVP). Eine Kilowattstunde Strom werde zu unterschiedlichen Preisen verkauft.

Stadtrat Ing. HOFMANN verwies in seinem Schlußwort auf eine Empfehlung der Europäischen Gemeinschaft, die sich für die allgemeine Anwendung des sogenannten Zwei-Glied-Tarifsystems, wie es bei uns besteht, ausspricht. Hofmann erinnerte daran, daß Wien sich seinerzeit gegen den Willen der ÖVP NICHT am Kernkraftwerk Zwentendorf beteiligt habe. Er appellierte an die ÖVP, ihren Einfluß bei den sechs von der ÖVP dominierten Landesgesellschaften geltend zu machen, um zu einheitlichen Strompreisen in Österreich zu kommen.

ABSTIMMUNG: mit den Stimmen der SPÖ beschlossen. (Forts.)



Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Marco-Polo Gründe

=++++

23 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) GR. RAUTNER (SPÖ) beantragte eine Sachkrediterhöhung für den Bau der Wohnhausanlage Marco-Polo-Gründe um 328 Millionen auf 2.180 Millionen.

GR. HAHN (ÖVP) kritisierte die Baukostensteigerung von mehr als 67 Prozent, die bei diesem Bau in den letzten fünf Jahren aufgetreten ist. Vergleichsweise stieg der Baukostenindex im gleichen Zeitraum nur um 35 Prozent, der Lebenshaltungskostenindex um 27 Prozent. Die Bauten des Architekten Glück sind die teuersten von Wien. Durch die Ablehnung der Verbauung der Steinhofgründe hat man sich ein weiteres "Desaster" der explodierenden Baukosten erspart.

Bei den Marco-Polo-Gründen kommt der Grundzins ohne Betriebskosten bereits auf fünfzig Schilling pro Quadratmeter. Mit Betriebskosten sind 87 Schilling zu bezahlen, mit den Heizungskosten muß man mit mehr als hundert Schilling rechnen. Hahn stellte den ANTRAG, daß das Kontrollamt das Bauvorhaben Marco-Polo-Gründe kontrolliert und überprüft.

Ein weiterer ANTRAG forderte, daß die Wohnbauförderungsrücklage in der Höhe von 1,2 Milliarden rasch und wirkungsvoll eingesetzt werden soll. Derzeit liegen Ansuchen für den Bau von rund 12.000 Wohnungen vor. Ein Großteil davon könnte sofort angefangen werden. Dies wäre billiger und auch für die Bauwirtschaft günstiger als das von der Regierung angekündigte Sonderwohnbauprogramm. (Forts.)  
sei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Marco-Polo-Gründe

=++++

24 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) GR. FREINBERGER (SPö) bezeichnete die Wortmeldung von GR. HAHN (öVP) als einen Frontalangriff auf den sozialen Wohnbau. Die öVP sei gegen schöne Wohnungen, gegen Wohnungen in schöner Umgebung. Die Ablehnung der Sachkrediterhöhung sei unverständlich. Diese Erhöhung gehe auf Material- und Lohnkostenerhöhungen zurück.

Die von HAHN genannten Kosten bezeichnete FREINBERGER als falsch. Der Grundzins betrage 33 Schilling pro Quadratmeter, die Betriebskosten 18 Schilling pro Quadratmeter. Auf Grund der Wohnbeihilfe könnten sich daher auch arbeitende Menschen die schönen Wohnungen in einer schönen Umgebung leisten. Der Bau auf den Marco-Polo-Gründen habe neue Akzente und eine neue Art von Wohnungspolitik gesetzt. Die SPö ist sehr stolz darauf.

Stadtrat HATZL (SPö) nahm grundsätzlich zur Wohnbauförderung Stellung. Die Stadt Wien werde alle Möglichkeiten des Sonderwohnbauprogrammes der Bundesregierung ausnützen. Es sei ihm unverständlich, daß die öVP einerseits unbegründet Schuldenpolitik vorwerfe, gleichzeitig jedoch dafür eintrete, die Wohnbausonderrücklage auszulösen.

GR. RAUTNER (SPö) wies in seinem Schlußwort die Argumente der öVP zurück und bezeichnete die Ablehnung der Sachkrediterhöhung als unbegründet. Er begrüßte das Sonderwohnbauprogramm der Bundesregierung. Die Wohnbauförderung von Wien bezeichnete RAUTNER als eine der besten der Welt.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö und FPö angenommen.

Die während der Debatte gestellten Anträge wurden einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Subvention für Jugendzentren

=++++

27 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) GR. Gertrude STIEHL (SPÖ)  
beantragte eine Subvention von 40,58 Millionen Schilling für den  
Verein "Jugendzentren der Stadt Wien".

GR. PROCHASKA (ÖVP) sagte, es gebe vielfach Kritik an den  
Wiener Jugendzentren: An der Spitze steht das Kontrollamt, kritisch  
äußerten sich auch der sozialpädagogische Referent und viele andere.  
Den Jugendlichen fehle es an der Motivation, sie sollten mehr selbst  
machen können. Fertiges könne man nur ändern, indem man es zerstört.  
"Wir können nicht auf die Arbeit der Jugendzentren verzichten, aber  
ein Umdenken ist notwendig", sagte GR. Prochaska. Der SPÖ warf er  
vor, andere Jugendorganisationen "völlig abgeschrieben" zu haben.  
Während für die Übersiedlung städtischer Jugendzentren öffentliche  
Subventionen geleistet wurden, sei der Bundesjugendring von der  
Kündigung seines Lokales bedroht. Prochaska brachte den GEGENANTRAG  
ein, die Subvention der Jugendzentren um 5 Prozent zu kürzen und den  
dadurch freiwerdenden Betrag den Wiener Landesverbänden der  
Mitgliederorganisationen des österreichischen Bundesjugendringes und  
dem Ring Freiheitlicher Jugend für das Jahr 1982 zur Verfügung zu  
stellen. Dies würde die Lebenskraft der Jugendzentren nicht  
schmälern, aber den anderen Jugendorganisationen einen enormen  
Aufschwung bringen.

Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER erklärte, wenn  
Jugendorganisationen andere Projekte habe, die im Interesse einer  
progressiven Jugendarbeit der Stadt stehen, bestehe die Möglichkeit  
für eine andere Finanzierung. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Subvention für Jugendzentren

=++++

28 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) GR. HANKE (SPÖ) gab einen Überblick über die Aufwendungen der Jugendzentren. Bei den vielfältigen Einrichtungen werde nicht darauf geachtet, ob jemand das Eintrittsgeld zahlen kann, die Türen sind offen, damit man seine Freizeit gestalten kann. Es gebe Modelle für Behinderte, für Gastarbeiterkinder, es bestehen musische Zentren. Die Ablehnungspolitik der ÖVP bei der Jugendarbeit bezeichnet er als unverständlich, da ja diese Partei in der Öffentlichkeit für die Jugend eintritt.

Hinsichtlich der Mitsprache sagte Hanke, man ginge soweit, Modelle für die Gestaltung von Jugendzentren vor Ort zu besprechen, wie dies im 20. Bezirk geschehen ist - die ÖVP hat dort mitgesprochen.

Das Kontrollamt habe festgestellt, daß keine Gründe zur Beanstandung des Rechnungsabschlusses besteht, erklärte Hanke. Er verlangte, man solle dazu übergehen, in Jugendfragen kooperativer zu sein.

ABSTIMMUNG: Der Gegenantrag blieb mit den Stimmen der ÖVP in der Minderheit. Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Betriebsansiedlung

=++++

29 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) GR. EDLINGER (SPÖ) beantragte für die Aufschließung des Betriebsbaugebietes Gelbe Haide im 23. Bezirk eine Sachkrediterhöhung um 720.000 Schilling auf 165,720.000 Schilling.

Es handelt sich hier um das Betriebsbaugebiet der Firma Philips, sagte GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP). Philips erhielt eine Förderung von rund 400 Millionen, wobei man davon ausgegangen sei, daß 800 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden und der Gesamtbedarf des Konzerns an Videorecordern in Wien produziert wird. Nun war aber zu lesen, daß die Beschäftigungszahlen im Wiener Werk nur um 400 gestiegen sei, und daß Videorecorder auch in Deutschland produziert werden sollen. General Motors sei in höherem Ausmaß gefördert worden als heimische Betriebe.

GR. EDLINGER verwies in seinem Schlußwort auf das breite Angebot von Förderungs- und Zuschußaktionen für Klein- und Mittelbetriebe. Wollen wir ein moderner Industriestaat bleiben, so müsse auch jenen Entwicklungen Rechnung getragen werden, die nur von großen Betrieben getragen werden können. Das Werk von General Motors sei eine zukunftsorientierte Investition. Ohne die Förderung von Philips wäre eine Kapazitätsausweitung nicht möglich gewesen, wodurch langfristig 2.000 Arbeitsplätze verloren gegangen wären.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Studentenhaus Döbling

=++++

30 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) GR. STRANGL (SPö) beantragte für das Studentenheim "Haus Döbling" eine Subvention von 3,6 Millionen zu gewähren.

GR. PROCHASKA (ÖVP) kritisierte den zu hohen Personalaufwand in diesem Heim. Man könnte sich pro Jahr zwei bis zweieinhalb Millionen ersparen, wäre man beim Reinigungspersonal und auch in der Wäscherei nicht so großzügig. Prochaska stellte den ANTRAG, mit der österreichischen Hochschülerschaft darüber zu verhandeln, daß die überparteiliche "österreichische Studentenförderungsstiftung" das Heim zur Verwaltung und Führung übernimmt.

GR. SEVCIK (SPö) erklärte, daß auch die Hochschülerschaft für die Führung des Heimes Subventionen benötigen würde. Der Personalstand im internationalen Studentenheim verringerte sich seit 1979 von 49 auf 35 Beschäftigte. Die Gebarungskontrolle durch das Kontrollamt fiel positiv aus, das Kontrollamt bestätigte, daß die Subvention eine Notwendigkeit ist.

GR. STRANGL erklärte in seinem Schlußwort als Berichterstatter, daß eine Ablehnung der Subvention ein Zusperrern des Heimes bedeuten würde.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. Der ÖVP-Antrag wurde dem Ausschuß für "Kultur und Bürgerdienst" zugewiesen.

(Forts.) sei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Dringliche Anfrage - Konferenzzentrum

=++++

31 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) GR. BITTNER (ÖVP) begründete die dringliche Anfrage seiner Fraktion an den Bürgermeister betreffend den Verzicht auf den Bau des österreichischen Konferenzzentrums bei der UNO-City. Bittner betonte, für die ÖVP sei es keine Frage, daß ein Konferenzzentrum benötigt wird. Dieses Konferenzzentrum müsse aber den wirtschaftlichen Bedingungen der heimischen Wirtschaft und den Bedürfnissen der Konferenzveranstalter entsprechen. "Wir sind für die billigere Lösung". Anstelle des Konferenzzentrums im Donaupark sollen durch Umbau und Adaptierung des Messepalastes in Verbindung mit den Kongreßeinrichtungen der Wiener Hofburg die notwendigen Räumlichkeiten für ein Konferenzzentrum geschaffen werden.

Spitzenpolitiker der SPÖ hätten nun die Frage nach dem Konferenzzentrum wieder aktualisiert, obwohl diese noch 1981 betont hätten, den Bau vorläufig aufzuschieben. Auch Finanzminister Dr. Salcher habe erklärt, das Projekt sei bis 1986 aufgeschoben. Und Bürgermeister Gratz habe nach der Volksbefragung im November 1981 erklärt, der Aufschub gelte bis zum Ablauf der Legislaturperiode im Jahr 1983. Jetzt werde aber das eindeutige Ergebnis einer Volksbefragung mißachtet.

"Es geht nicht nur um den Standort und um die Finanzierung des Konferenzzentrums, sondern um die Glaubwürdigkeit der Politik und der Politiker", schloß GR. Bittner die Begründung der dringlichen Anfrage der ÖVP. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Dringliche Anfrage - Konferenzzentrum

=++++

32 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) "Der Investitionsrahmen im Wiener Budget geht seit Jahren dramatisch zurück. In fünf Jahren werden die begonnenen und beschlossenen Investitionen zur Gänze ungedeckt sein und durch Fremdmittelaufnahmen finanziert werden müssen", sagte GR. HIRNSCHALL (FPÖ). In dieser Situation sei es unverantwortlich, neue Großprojekte zu beginnen, wie es nun geschieht. Man habe den Eindruck, die Frage der Wirtschaftlichkeit des Projekts sei völlig in den Hintergrund getreten, gebaut werde um des Bauens Willen. Jede Frage nach der Ausnutzbarkeit bleibe unbeantwortet, die Angaben über die Beschäftigten auf der Baustelle seien um das Drei- bis Vierfache überhöht. Hirnschall sagte weiter, die wenigen Kongresse, an denen 2.000 bis 5.000 Personen teilnehmen, stünden in keiner Relation zu den Investitions- und Folgekosten. Dazu komme, daß für so große Kongresse die Hotelkapazität nicht ausreicht. Die Generalkonferenz der UNO über das Alter werde in der Wiener Hofburg abgehalten. Wie Hirnschall weiter ausführte, sei die Stadt Wien nicht verpflichtet, den Schwenks des Bundeskanzlers bedingungslos zu folgen. Die FPÖ empfiehlt dem Gemeinderat, bei diesem riskanten Abenteuer nicht dabei zu sein, sondern der Wiener Wirtschaft Impulse zu geben und kommunale Vorhaben verwirklichen zu helfen, von denen die Wiener Wirtschaft wirklich etwas hat. (Forts.) and/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Dringliche Anfrage - Konferenzzentrum

=++++

33 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Aus dem ÖVP-Antrag werde klar, daß es darum geht, die Arbeit der Sozialisten in Wien zu diffamieren, sagte GR. WIESINGER (SPÖ). Hier liege ein klassischer Fall von Kindesweglegung vor: 1966 gab es erste Gespräche im Zusammenhang mit der UNO-City, 1967 wurde der Beschluß gefaßt, und 1970, als die Regierung Kreisky ihr Amt antrat, begannen die Angriffe, die bis heute andauern. Der wahre Grund für die Angriffe der ÖVP sei der beispiellose Erfolg der Regierung Kreisky. Für die SPÖ sei der Bau nie in Frage gestanden, es wurde nur überlegt, den Baubeginn des Konferenzzentrums zu verschieben. Er kritisierte, daß die ÖVP nie die richtigen Baukosten nenne. TAUS habe einmal darauf hingewiesen, daß eine der wesentlichsten Funktionen eines neutralen Staates darin liege, sein eigenes Territorium in den Dienst der Friedenserhaltung zu stellen. Bei dem Gesamtprojekt war immer das Konferenzzentrum mit dabei. Während ursprünglich Pläne von 8.700 Plätzen sprachen, sollen es nun 5.900 sein.

Wir bekennen uns zum Konferenzzentrum, weil es dem aus dem Jahre 1967 stammenden Beschluß entspricht, weil wir glauben, daß es außenpolitisch wichtig ist, weil wir Wien als dritte UNO-Stadt optimal einsetzen wollen und weil wir glauben, daß die Einbindung in den UNO-Konferenzkalender ein Konferenzzentrum notwendig macht, sagte Wiesinger abschließend. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Dringliche Anfrage - Konferenzzentrum

=++++

34 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Es gehe um EIN österreichisches Konferenzzentrum, nicht um DAS Konferenzzentrum bei der UNO-City, sagte GR. Dkfm. Dr. Maria SCHAUMAYER (ÖVP). Laut einem SPÖ-Flugblatt sei das Konferenzzentrum seit langem in Bau. Vor wenigen Monaten versicherten Bundeskanzler Kreisky und Bürgermeister Gratz noch, es werde erst gebaut, wenn wir es uns in wirtschaftlich besseren Zeiten leisten können. Woher stammt das angeblich so günstige ausländische Geld für den Bau, fragte Schaumayer. Was kostet es? Auf den internationalen Finanzmärkten gibt es kein billiges Geld. Die Finanzierung in Form von Raten, Leasing oder Kaufmiete werde die teuerste sein. Eine wichtige Frage sei es, ob es genügend Großkonferenzen geben werde, um das Zentrum auszulasten. Von - wie es im SPÖ-Flugblatt heißt - "vielen" Großkonferenzen könne keine Rede sein. Die reinen Baukosten für den Monsterbau betragen - ohne die Finanzierungskosten in unbekannter Höhe - 4,3 Milliarden. Darüber hinaus sei mit Betriebskosten von einer Million Schilling pro Tag zu rechnen. Schaumayer erhob die Forderung, von diesem Projekt Abstand zu nehmen. (Forts.) ger/gg

NNNN

Kandutsch kennt Wegenstein-Gutachten nicht

=++++

35 Wien, 22.1. (RK-POLITIK) Zu der vom ÖVP-Abgeordneten Dr. FEURSTEIN Freitag in einer Pressekonferenz aufgestellten Behauptung, der ehemalige Rechnungshofpräsident Dr. Jörg KANDUTSCH hätte als Chef der begleitenden Kontrolle das Wegenstein-Gutachten über die Vergabe der Betriebsorganisationsplanung für den Neubau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses kennen müsse, stellte Präsident Dr. Kandutsch gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" fest: "Das Wegenstein-Gutachten wurde vom Gericht in Auftrag gegeben und steht der AKPE nicht zur Verfügung.

#### Die Honorierung der Arbeitsgemeinschaft

Betriebsorganisationsplanung erfolgte laufend auf Grund der vereinbarten Abschlagszahlungen zwischen 5. Juli 1978 und 7. November 1980. Die Teilbeträge wurden auf Grund eines gültigen Vertrages überwiesen. Die Leistungen waren erbracht, ehe das Kontrollbüro seine Tätigkeit aufnahm. Die Schlußrechnung wurde im Jahre 1981 nach Rücksprache mit den Nutzern und Überprüfung durch die APAK freigegeben. Dabei wurden Einbehalte in der Höhe von rund 8,5 Millionen S vorgenommen. (Schluß) akpe/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Dringliche Anfrage -- Konferenzzentrum

=++++

36 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Die Alternative "Großprojekt oder Stadterneuerung" hat es für die SPÖ nie gegeben, erklärte Stadtrat MAYR (SPÖ). Im Budget 1982 sind wesentlich höhere Beträge als früher für die Stadterneuerung enthalten. Durch das neue Mietrecht werden gewaltige Reparaturleistungen in den Städten in Bewegung gesetzt. Doch daneben müssen auch die Arbeitsplätze der in der Bauindustrie beschäftigten Menschen gesichert werden.

Der ÖVP warf Mayr vor, in der Frage des Konferenzzentrums für Wien eine Chance "vermasseln" zu wollen. Die ÖVP läßt die Wiener Bevölkerung in einer heiklen wirtschaftlichen Situation im Stich. So hat der Wiener Handelskammerpräsident, der zwar ÖVP-treu "nein" zum Konferenzzentrum sagt, kürzlich erklärt, daß die Arbeitsmarktsituation in Wien allmählich besorgniserregend wird. Dittrich befürchtete, daß die Arbeitslosenzahl in Wien im Februar auf 30.000 klettern wird. Die ÖVP will trotz diesen Zahlen der Bevölkerung weismachen, daß sich die wirtschaftliche Situation in Wien in letzter Zeit nicht geändert hat.

In Wien müssen konjunkturbelebende Maßnahmen gesetzt werden. Dazu gehört unter anderem der Bau des Konferenzzentrums. Würde man den Wiener finanziellen Anteil am Bau des Konferenzzentrums anderweitig verwenden, wären die wirtschaftlichen Auswirkungen weitaus geringer, als dies mit dem vollen Einsatz des Wiener und des Bundesanteiles am Konferenzzentrum in Wien der Fall ist. Wenn auch die Adaptierungsarbeiten einen 1,7fachen Beschäftigungseffekt gegenüber Neubauten haben, so kann diese Tatsache den Umstand nicht ausgleichen, daß bei einem Nichtbau des Konferenzzentrums der 65prozentige Bundesanteil für Wien verloren ginge, betonte Mayr.  
(Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Dringliche Anfrage - Konferenzzentrum

=++++

37 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) GR. FÜRST (ÖVP) meinte, es stelle sich heute heraus, daß die Volksbefragung vom November 1981 keinesfalls unnötig gewesen sei. Sinnvoll wäre es, würde man statt des Konferenzzentrums die Hofburg ausbauen und den Messepalast miteinbeziehen. Dafür würde die ÖVP ihre Zustimmung erteilen. Der Bau des Konferenzzentrums sei aber "die empörendste und unsinnigste Konsequenz aus einer Volksbefragung".

Wenn Geld vorhanden ist, gibt es wichtigere Projekte zu finanzieren. Das Argument, der Bau komme der Wiener Wirtschaft zugute, stimme nur zum Teil. Die Erfahrungen beim Bau des AKH und anderer Großprojekte zeige, daß Großfirmen und ausländische Firmen zum Zug kommen. Auch der Hinweis auf die Sicherung der Arbeitsplätze gehe daneben. 90 Prozent der Wiener Betriebe sind Klein- und Mittelbetriebe. Sie bringen den Hauptteil der Steuerleistungen, sie benötigen wenig öffentliche Mittel. Diese Klein- und Mittelbetriebe werden aber vernachlässigt.

"Die Wiener haben bereits entschieden" betonte Fürst und forderte Bürgermeister GRATZ auf "ziehen sie daher die Beteiligung Wiens an diesem Unsinnprojekt zurück". (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Dringliche Anfrage - Konferenzzentrum

=++++

38 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat NEUSSER (ÖVP) kritisierte, daß die Sitzreihen im Parlament aus Italien stammen und die Glaserarbeiten bei der UNO-City einem Münchner Glasermeister übertragen wurden, der sich wiederum österreichischer Subunternehmer bediente. Somit ist der Gewinn nach Deutschland gegangen. Im Bundesgesetz über das öffentliche Vergabewesen sind alle Waren angeführt, die auch bei Angeboten aus dem Ausland zu berücksichtigen sind: von der Lok bis zum Besen. Es sei keineswegs sicher, führte StR. Neusser weiter aus, daß das Geld, das in das Konferenzzentrum gesteckt werden soll, österreichische Arbeitsplätze sichert. Es sei ohne weiters denkbar, daß die Araber als Finanziere auch bei der Vergabe der Aufträge mitreden. Er bezweifelte, daß, wie immer wieder genannt, 1.400 Arbeitsplätze für Bauarbeiter geschaffen werden sollen, die Zahl der tatsächlich Beschäftigten werde zwischen 400 und 600 liegen. Das Konferenzzentrum sei ein Kuckucksei, das jährlich mit 300 Millionen durchgefüttert werden müsse. Sein Bau biete den Klein- und Mittelbetrieben keine Chance, es sei mit einer Zunahme der Arbeitslosen von 2 auf 4 Prozent zu rechnen. "Geben Sie Ihre starre Haltung bezüglich des Konferenzzentrums auf, geben Sie sachlichen Argumenten Platz", forderte Neusser. Das Konferenzzentrum schaffe nicht viele Wiener Arbeitsplätze, sondern Maschinenplätze. Wenn Wien seinen Anteil von 2,2 Milliarden in den Wohnbau investiert, können viel mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, dies diene auch dem Ansehen Wiens. Es könnten zusätzlich 5.000 Wohnungen errichtet werden. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Dringliche Anfrage - Konferenzzentrum

=++++

39 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Er vertrete die Meinung, sagte Bürgermeister GRATZ, daß die Frage des Konferenzzentrums das Musterbeispiel eines Problems sein sollte, bei welchem die Fragen ohne Emotionen und Leidenschaften geprüft werden können. Es müßte doch möglich sein, gemeinsam festzustellen, daß erstens Wien ein Konferenzzentrum braucht, daß zweitens Wien auf den Einsatz von Bundesmitteln in seinem Bereich nicht mutwillig verzichten soll, und daß drittens das Argument "Wos brauch ma des?" zwar manchmal populär, aber jedenfalls keine Basis für die künftige Stadtentwicklung sein kann.

Darnach sei die Sachfrage zu prüfen, ob man Hofburg und Messepalast zu einem Konferenzzentrum ausbauen könne, was dafür und was dagegen spreche. Diese Frage war schon 1967 in einer vom damaligen Bautenminister Kotzina dem Ministerrat vorgelegten Untersuchung dahingehend beantwortet worden, daß die Kapazität von Hofburg und Messepalast mit dem geplanten Konferenzzentrum nicht vergleichbar sei. Die Unterlagen seither zeigen, daß Hofburg und Messepalast keine Alternativen sind. Auch die Frage des Denkmalschutzes ist nicht gelöst. Dazu kommen mehrjährige Planungen sowie Absiedlungen, die bei einem Ausbau des Messepalastes erforderlich wären.

Es wäre für das Zusammengehörigkeitsgefühl in Österreich verhängnisvoll, betonte Gratz, würde man über Projekte des Bundes in einzelnen Bundesländern Volksabstimmungen in ganz Österreich abhalten. Es wäre leicht, Initiativen gegen Projekte in anderen Bundesländern ins Leben zu rufen, und zu argumentieren, was man mit diesem Geld alles machen könnte. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Dringliche Anfrage - Konferenzzentrum

=++++

40 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Ich gestehe jedem Bundesland zu, betonte GRATZ, das für seine Interessen Richtige zu verlangen.

Wäre das Argument "was brauch ma des" in der Vergangenheit stets angewendet worden, so hätten wir die meisten Gebäude nicht, die heute unter Denkmalschutz stehen.

Gratz erinnerte daran, was alles von Vertretern der ÖVP und der FPÖ anstelle des Konferenzzentrums in den letzten Monaten gefordert wurde: eine verbesserte Eigenkapitalausstattung der Betriebe, Wohnungen, Stadterneuerung, das Sozialmedizinische Zentrum Ost, Ausbau der Fernwärmeversorgung, Förderung der verstaatlichten Industrie, der Landwirtschaft, der Bergbauern und der Grenzlandregionen, Straßenbauten, Ausbau des öffentlichen Verkehrs, das Linzer Krankenhaus, Schulen, Wasserkraftwerke, Gewerbeförderung und der Bau des Semmeringer-Basistunnels.

Gratz betonte, daß sich die wirtschaftliche Lage, besonders auf dem Bausektor, radikal geändert habe. JETZT bestehen wirtschaftliche Schwierigkeiten. Deshalb ist es wichtig, daß für den Bau des Konferenzzentrums nicht sofort der Einsatz von Budgetmitteln notwendig ist.

Die Anfrage beantwortete Gratz wie folgr:

"1. Der Bezug auf die Volksbefragung ist falsch - die Fragestellung dort erwähnte den Messepalst nicht.

2. Die gewünschte Vereinbarung wäre nicht in der Lage, die notwendigen Räumlichkeiten für ein Konferenzzentrum zu schaffen. Ich bin daher nicht bereit, in dieser Richtung mit der Bundesregierung eine neue Vereinbarung zu treffen."

Moralisch habe es ihn sehr gestört, schloß Gratz, daß es eine Länderfront der ÖVP einschließlich der Wiener ÖVP gegen Wien gibt. Sehr gefreut habe es ihn dagegen, daß die SPÖ-Mandatäre und Funktionäre ALLER Bundesländer für dieses Projekt eintreten.

(Forts.) ger/bs



Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Dringliche Anfrage - Konferenzzentrum

=++++

41 Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Die dringliche Behandlung je eines Antrages der ÖVP und der FPÖ zum Bau des Konferenzzentrums wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. Die beiden Anträge wurden dem Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik zur Behandlung zugewiesen. In der Begründung zum dringlichen Antrag erklärten die ÖVP und die FPÖ, daß in der vorhergehenden mehrstündigen Debatte zum gleichen Thema die wesentlichen Fragen wie Auslastung und Finanzierung des Konferenzzentrums offen geblieben sind und daß daher eine dringliche Behandlung gerechtfertigt sei. Von SPÖ-Seite wurde dagegen eingewendet, daß in der vorangegangenen mehrstündigen Debatte die Standpunkte der Parteien klar zum Ausdruck gekommen sind. Eine weitere Diskussion zum gleichen Thema wäre bloß eine Wiederholung. (Schluß) sei/di

- Ende des Sitzungsberichtes -

NNNN

Zilk: Keine Kritik am Bundesdenkmalamt

=++++

26 Wien, 22.1. (RK-KULTUR) Zu der Stellungnahme des Bundesdenkmalamtes bezüglich des Neubauprojektes beim Palais Liechtenstein erklärte Kulturstadtrat Prof. Dr. Helmut ZILK Freitag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ", daß das Bundesdenkmalamt seine, Zilks, Aussendung vom Donnerstag offenbar nicht gelesen habe. Darin kommt das Bundesdenkmalamt nämlich nur in einem einzigen Satz vor. Dieser lautet: "Im übrigen, so Zilk, hoffe er doch, daß das Bundesdenkmalamt auch in diesem Fall mit der für diese Behörde dankenswert üblichen Konsequenz vorgeht."

Die Unterstellung, wonach er behauptet habe, das Denkmalamt habe "aus unerklärlichen Gründen" nichts gegen einen geplanten neubau in unmittelbarer Nähe des Palais Liechtenstein unternommen, müsse er deshalb zurückweisen, betonte Zilk. (Schluß) ger/bs

NNNN